KLB Katholische Landvolkbewegung Deutschland

Drachenfelsstr. 23
53604 Bad Honnef
TEL 02224 -71031, FAX 02224-78971
Mail: bundesstelle@klb-deutschland.de
Internet: www.klb-deutschland.de

KLB Pressemitteilung
Information für Presse, Rundfunk und Fernsehen

Die gesetzliche Rente braucht umfassende Reformen – katholische Verbände fordern zukunftsorientierte Rentenpolitik

Von heute an wird das Rentenpaket der schwarz-roten Koalition im Bundestag beraten. Die vorgesehenen Maßnahmen tragen aus Sicht des Familienbundes der Katholiken, des Kolpingwerkes Deutschland und der Katholischen Landvolkbewegung Deutschland kaum dazu bei, die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest aufzustellen. Es fehlt offensichtlich die politische Handlungsbereitschaft für eine grundlegende und generationengerechtere Reform der Alterssicherung. Beitragszahler:innen und zukünftige Rentner:innen müssen stärker in den Blick genommen werden.

Berlin/Bad Honnef/Köln, 16. Oktober 2025: „Eine gerechte und zukunftsfeste Rente – mit einer fairen Verteilung der Lasten, muss Ziel aller weiteren Diskussionen und politischen Aktivitäten sein. Allen Generationen müssen Perspektiven eröffnet werden“, so Bettina Locklair, Bundesgeschäftsführerin der KLB Deutschland. „In der Vergangenheit und auch jetzt vermissen wir den Mut, der erforderlich ist, um die Renten nicht nur heute, sondern langfristig zu sichern. Da helfen auch keine Kommissionen, deren Vorschläge anschließend nicht umgesetzt werden.“

Die Fixierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent– ein Kernanliegen des aktuellen Rentenpakets – garantiert für die kommenden Jahre ein stabiles Wachstum der gesetzlichen Renten. Zwar ist die Aufrechterhaltung eines gesetzlichen Sicherungsniveaus grundsätzlich zu begrüßen. Faktisch geschieht dies allerdings einseitig zu Lasten jüngerer Generationen. Zudem trägt der aktuelle Ansatz weder dazu bei, Armutsgefährdung im Alter ausreichend zu bekämpfen, noch sichert er eine stabile Leistungshöhe für künftige Generationen von Rentner*innen.

Die Neuregelung der Mütterrente, durch die Kindererziehung unabhängig vom Zeitpunkt der Geburt eines Kindes für alle Generationen anerkannt wird, schließt eine Gerechtigkeitslücke. Aus Sicht der katholischen Verbände handelt es sich dabei nicht um ein Wahlgeschenk, wie zum Teil kritisiert wird. Denn die damit erreichten Eltern, überwiegend Frauen, haben mit der Erziehung von Kindern eine zentrale Leistung für das umlagefinanzierte Rentensystem erbracht. Dass die Mittel dafür anders als bei früheren Angleichungen der Mütterrente aus Steuereinnahmen finanziert werden, ist folgerichtig, da es sich bei Kindererziehung um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt.

Insgesamt nimmt das Rentenpaket mit den vorgesehenen Einzelmaßnahmen dennoch keine zukunftsweisenden Weichenstellungen vor. Die Verringerung von Altersarmut – ein

wesentliches Ziel für die katholischen Verbände – wird nicht erreicht. Stattdessen werden die finanziellen Herausforderungen des Rentensystems verschärft. Dies wird auch daran deutlich, dass der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor außer Kraft gesetzt bleibt. Dieser sollte ursprünglich dazu beitragen, Rentensteigerungen angesichts einer alternden Bevölkerung moderat zu dämpfen. Nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung erheblich steigen und in zehn Jahren bei mehr als 21 Prozent liegen.

Dabei sind die Herausforderungen des Rentensystems seit langem bekannt. Das Verhältnis von Beitragszahlenden zu Rentner:innen entwickelt sich seit den späten 1960er Jahren kontinuierlich zu Ungunsten der heutigen Beitragszahlenden. Gleichzeitig hat sich die durchschnittliche Rentenbezugsdauer aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung verdoppelt: Sie liegt derzeit bei mehr als 20 Jahren. Kurzfristige Entlastungen sowie ein Denken in Wahlperioden verhindern Reformoptionen, die auf lange Sicht stabilisierend wirken. Mit der Berufung einer Rentenkommission, die erst in zwei Jahren Reformvorschläge liefern soll, wird die Lösung drängender Probleme in die Zukunft verschoben. Mitglieder der aktuellen Bundesregierung haben schon vor Start der Kommission geäußert, in dieser Legislaturperiode nicht mehr an etwaige Vorschläge anknüpfen zu wollen. Bereits in der Legislaturperiode von 2017 bis 2021 arbeitete eine Kommission zur Reform der Alterssicherung, deren Ideen bis heute auf eine Umsetzung warten.

Die katholischen Verbände fordern eine echte Reform des deutschen Rentensystems. Hierzu gehören unter anderem die Einführung einer solidarischen, steuerfinanzierten Mindestrente im Alter und eine stärkere Berücksichtigung der gesellschaftlich gewünschten Sorgearbeit. Zusätzlich sollte die Rente zu einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden. Jedes weitere Abwarten erschwert die Problemlösung und beschädigt die Zukunft des Rentensystems. Die gesetzliche Rentenversicherung muss dringend Verlässlichkeit und Stabilität zurückgewinnen, nicht nur für bestehende und baldige Rentner:innen.

Pressekontakte:

Familienbund der Katholiken – Bundesverband
Dr. Katja Weniger
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Littenstraße 108, 10179 Berlin
Tel.: 030 326756-16, Fax: 030 326756-20
weniger@familienbund.org
www.familienbund.org

Katholische Landvolkbewegung Deutschland (KLB)
Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad Honnef
Tel.: 0224 71031
bundesstelle@klb-deutschland.de
www.klb-deutschland.de

Kolpingwerk Deutschland
Alexander Suchomsky
Stellvertretender Pressesprecher
St.-Apern-Straße 32, 50667 Köln
Tel.: 0221 20701-111,Fax: 0221 20701-224
alexander.suchomsky@kolping.de
www.kolping.de